

Demo verboten – Problem noch da

Nach antisemitischen Parolen wurden jetzt in Berlin zwei Kundgebungen verboten. Vier Autoren erklären, warum das nicht genug ist

Am 8. April, dem Samstag vor Ostern, versammelten sich in Berlin-Neukölln propalästinensische Demonstranten. Dabei sollen judenfeindliche Slogans gerufen worden sein. Zwei weitere Demos, die für das darauffolgende Wochenende in der Hauptstadt geplant waren, wurden untersagt



Foto: Michael Kuerme/dp

Die Wut auf Israel ist heftig

Ich bin Palästinenser. Mein Großvater kämpfte 1948 aufseiten der arabischen Armeen gegen den neuen Staat Israel. Ich selbst wurde 1976 als arabisches Kind in einer israelischen Kleinstadt geboren und wuchs im Nahostkonflikt auf, bis ich mit 28 Jahren nach Deutschland kam. Meine Eltern, die noch immer in Israel leben, aber sich mehr als Palästinenser fühlen, werden manchmal nur deshalb diskriminiert, weil sie Araber sind. Aber wenn Sie mich fragen, ob es richtig ist, dass in Berlin zwei propalästinensische Demonstrationen verboten wurden, antworte ich: Ja, absolut!

Wir erleben in Deutschland immer wieder Kundgebungen für die palästinensische Sache – was legitim ist. Nicht legitim ist, wenn es antisemitisch eskaliert. Als Muslim ärgert mich auch, wenn der Fastenmonat Ramadan für Ausschreitungen benutzt wird, nach dem Vorbild von Hamas und Hisbollah in Nahost, die mit Vorliebe in der muslimischen Fastenzeit zur Gewalt gegen Juden aufstacheln. Ich finde es unerträglich, wenn Palästinenser in Deutschland sich nicht von judenfeindlichen Klischees distanzieren. Am Osterwochenende riefen Demonstranten in Berlin »Tod den Juden«. Ich habe in Israel zwar auch schon einzelne Idioten rufen hören »Tod den Arabern«. Aber Sorge macht mir der wachsende Juden Hass junger Migranten hierzulande.

In meiner Arbeit als Psychologe und Experte für Gewaltprävention ist Israel mittlerweile das emotionalste Thema. Ich nenne das die TikTok-Radikalisierung: In sozialen Medien wird der Nahostkonflikt so einseitig, so schwarz-weiß dargestellt, dass eine enorme Wut auf die Juden entsteht. Neuestes Beispiel dafür ist das Elf-Sekunden-Video aus der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem, das am Karfreitag entstand und zeigt, wie israelische Polizisten in der Moschee auf dem Tempelberg Jugendliche verprügeln. Das hat heftigste Empörung ausgelöst. Und kaum einer, der das sieht, fragt sich, was junge Männer mit Steinen, Schlagstöcken und Feuerwerkskörpern in dem Gotteshaus zu suchen hatten. Die israelische Polizei hat mit ihrer Reaktion Bilder geschaffen, die den radikalen Islamisten in die Hände spielen. Die liefern dazu das passende Narrativ, man müsse die Al-Aksa-Moschee vor einer Übernahme durch die Juden schützen.

Israels Regierung hat immer erklärt, dass das Unsinn ist. In Wahrheit gibt es nur ein paar wenige Ultraorthodoxe, die von einem Tempel träumen. Jetzt hat Benjamin Netanjahu, um zu deeskalieren, sogar den Tempelberg für jüdische Besucher gesperrt. Aber die Rechten in seiner Regierung bestätigen die Vorurteile der Islamisten, die den heiligen Berg zum Kulminationspunkt des Konflikts gemacht haben. Apropos Religion: Meine Familie war nie fromm, aber ich habe in meiner Jugend einen fundamentalistischen Imam verehrt. In Deutschland erlebe ich jetzt, wie israelbezogener Antisemitismus bei religiösen wie säkularen Jugendlichen verfährt. Die Demos wurden von einer marxistischen Gruppe angemeldet, aber es liefen auch Islamisten mit.

Ich glaube: Verbieten reicht nicht. Wir müssen junge Migranten genau wie junge Deutsche aufklären und vom Antisemitismus befreien. Bis jetzt gibt es dafür keine politische Strategie.

Ahmad Mansour, 47, ist Psychologe und Gründer von MIND Prevention, einer Initiative zur Extremismusprävention. Zuletzt erschien von ihm »Operation Allah« (S. Fischer) über die Gefahren des politischen Islams. Er lebt in Berlin

Die Polizei schritt in Berlin nicht ein

Bei einer Demonstration in Berlin wurden am Karfreitag Terroristen verherrlicht, die Kassam-Brigaden der Hamas und die marxistisch-leninistische Terrororganisation PFLP glorifiziert und antisemitische Parolen wie »Tod den Juden! Tod Israel!« gerufen. Die Polizei schritt nicht ein.

Ein Polizeisprecher sprach im *Tagespiegel* gar von »einem störungsfreien Verlauf der Veranstaltung«. Ermittlungen seien aber möglich, wenn jemand Anzeige erstatte. Die Behörden in Berlin haben auf das Judenhass-Happening vor Ostern dann doch reagiert und Folgedemonstrationen verboten. In zwei Instanzen wurden die Verbote vor den Verwaltungsgerichten bestätigt.

Allein steht die Polizeipressstelle mit ihrer Fehlleistung nicht: Diese Woche erklärte die Kasseler Staatsanwaltschaft, fast zehn Monate nach Strafanzeigen wegen Volksverhetzung und Kollektivbeleidigung bei mehreren judenentwürdigenden Kunstwerken der documenta 15 nicht zu ermitteln. Begründung: Der öffentliche Frieden sei nicht gestört.

Meine Gespräche mit jüdischen Gemeinden belegen das Gegenteil. Doch die Staatsanwaltschaft findet, dass die Beschuldigten wohl »einem unvermeidbaren Verbotsirrtum« unterlegen seien. Sie hätten annehmen dürfen, dass ihre Werke von der Kunst- und Meinungsfreiheit gedeckt seien, da sie über Jahre hinweg andernorts unbeanstandet ausgestellt wurden. Steht die Würde von Jüdinnen und Juden jetzt unter Kulturvorbehalt bei ausländischer Herkunft der Antisemiten? Inakzeptabel!

Während der israelischen Militäroperation »Starker Fels« 2014 als Reaktion auf den Raketenbeschuss aus Gaza überboten drei Palästinenser einen Brandanschlag auf die Wuppertaler Synagoge. Deutsche Gerichte sahen keine antisemitischen Motive. Ich frage: Was gibt es Antisemitischeres als das Anzünden einer Synagoge?

Verantwortlich für die jüngsten Berliner Demos sind Aktivisten aus dem Umfeld der Gruppe PFLP; in Deutschland durch die Flugzeugentführung von 1977 bekannt, und ihrer Vorfeldorganisation Samidoun. Wann erwirkt die deutsche Politik für sie ein Betätigungsverbot? Vor Jahren haben Jair Lapid, der spätere Ministerpräsident Israels, und weitere Abgeordnete aus Knesset und Bundestag, darunter auch ich, den damaligen Innenminister de Maizières zu einem Verbot aufgefordert. Nichts geschah. Ich setze darauf, dass Nancy Faeser hier energischer vorgeht als ihre lustlosen Amtsvorgänger.

Wenn das Bundesverfassungsgericht recht hat, dass »antisemitische Konzepte« gegen die »freiheitlich demokratische Grundordnung« verstoßen, müssen wir die rote Linie, wo Meinungs-, Versammlungs- und Kunstfreiheit aufhören und der Schutz der Menschenwürde beginnt, neu vermessen. Bei der Auslegung von Rechtsbegriffen wie »öffentlicher Frieden« sollten jüdische Perspektiven berücksichtigt und nicht übergangen werden.

Berlin, Wuppertal und Kassel zeigen: Israelhass bedroht die jüdische Gemeinschaft in Deutschland direkt. Mit Sensibilisierung von Polizei und Justiz sowie mit energischen Verboten muss Deutschland zeigen, dass wir Antisemitismus nicht dulden.

Volker Beck, 62, ist Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und Geschäftsführer des Tikvah Instituts. Für die Grünen saß er im Bundestag, war religionspolitischer Sprecher

Palästinenser dürfen ihren Unmut äußern

Die antisemitischen Parolen auf der Demonstration in Berlin kommen mir vor wie ein Déjà-vu. Ähnliche Rufe auf deutschen Straßen hatten wir schon 2014 und zuletzt im Mai 2021, in beiden Fällen als Reaktion auf militärische Eskalationen zwischen Israel und der Hamas in Gaza. Die Empörung reflexe funktionieren ebenfalls identisch. Politik und Öffentlichkeit zeigen sich schockiert, ein oder zwei Wochen klagt man über Judenhass unter Muslimen, dann wird das Thema ad acta gelegt. Bis zur nächsten Runde zwischen Israel und der Hamas.

Natürlich haben diejenigen Recht, die ein stärkeres Vorgehen der Polizei und Staatsanwaltschaft gegen antisemitische Hetze fordern. Die berechtigte Empörung über offenen Judenhass darf jedoch nicht dazu führen, dass jeglicher Protest gegen die israelische Besatzung als antisemitisch gebrandmarkt wird. Unter den Demonstranten gibt es unterschiedliche Menschen – viele sind muslimisch, einige davon palästinensisch. Ich meine: Gerade für Palästinenser, die selbst (oder deren Familien) von dem Konflikt betroffen sind, muss es hierzulande möglich sein, ihren Unmut über die seit Jahrzehnten andauernde Unterdrückung ihres Volkes laut zu äußern. Ja, auch auf deutschen Straßen.

Auch ich tue mich mit einigen palästinensischen Positionen schwer und habe in der Vergangenheit immer wieder hitzige Diskussionen mit Palästinensern geführt. Viele weigern sich bis heute, Israel als Tatsache anzuerkennen – mehr als 75 Jahre nach der Gründung des Staates. Einige Gesprächspartner tun so, als hätten sie es mit Voldemort aus den *Harry Potter*-Büchern zu tun, und möchten nicht einmal das Wort »Israel« in den Mund nehmen.

Als Israeli und Jude bin ich alles andere als glücklich, wenn ich feststelle, wie weit verbreitet Ressentiments gegen Israel (und auch gegen Israelis) unter Palästinensern sind. Doch dann erinnere ich mich daran, dass Palästinenser gute Gründe haben, Israel zu hassen. Denn Menschen, die selbst seit Jahrzehnten unter einer Besatzung leben müssen oder deren Verfahren vertrieben wurden, haben das Recht darauf, die Besatzungsmacht zu hassen, und zwar unabhängig davon, welche Religion und Nationalität die Besatzer haben.

Nein, Gewaltaufrufe sind nicht zu dulden. Ansonsten halte ich mich als Israeli aber mit Empfehlungen zurück, was Palästinenser sagen dürfen und was nicht. So falsch beispielsweise ein totaler Boykott Israels auch sein mag: Wäre es nicht eine Anmaßung, Menschen, die unter einem Besatzungsregime leben, zu verbieten, eine solche Forderung zu stellen? Das deutsche Bekenntnis zu Israel darf jedenfalls nicht so ausgelegt werden, dass Palästinenser in Deutschland mundtot gemacht werden. Das bedeutet keineswegs, dass sie einen Freifahrtsschein für Gewalt oder Hetze bekommen. Ich wünsche mir, dass wir die Zeit bis zum nächsten Skandal nutzen, um aufzuklären, wo die Grenze zwischen leidenschaftlicher Kritik an Israel und Volksverhetzung verläuft.

Meron Mendel, 47, ist Professor für transnationale Soziale Arbeit und Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main. Sein neues Buch »Über Israel reden. Eine deutsche Debatte« (Kiepenheuer & Witsch) wurde soeben für den Deutschen Sachbuchpreis 2023 nominiert

Wir müssen unser Feindbild korrigieren

Mit 23 Jahren kam ich als Antisemit nach Deutschland. Ich fürchte, dass es anderen muslimischen Migrantinnen und Migranten ebenso erging. Denn die Sozialisation in unseren Herkunftsländern war von Hass gegen Juden geprägt. Ich kam aus Algerien und hasste vor allem den Staat Israel. Ich glaubte: Juden sind Täter, Muslime Opfer. Dieser Irrglaube ist bis heute populär. In Deutschland nimmt man ihn aber nicht ernst.

Immerhin: Nach dem skandalösen Osterwochenende mit Hetzparolen wie »Tod, Tod Israel!« wurden nun solche Demonstrationen verboten. Doch Verbote bringen den Hass nicht zum Verschwinden. Wir müssen unser Feindbild korrigieren. Deshalb habe ich, mittlerweile Dozent für Religionspädagogik in Freiburg, den Antisemitismus meiner Herkunftskultur erforscht und ein Buch geschrieben: *Die Juden im Koran. Ein Zerrbild mit fatalen Folgen*. Ich will, dass Muslime und Christen nicht länger zum Hass gegen Juden erzogen werden, weil ich diesem Hass selber ausgeliefert war. Schon mit vier oder fünf Jahren hörte ich das Wort »Jude« (im Algerischen *yhudi*) in der Koranschule. Mein Lehrer sagte zu einem Jungen: »Du Jude, benimm dich.« Ich wusste nicht, was das Wort bedeutet, aber verstand, dass ich mich benehmen muss, damit ich nicht als »Jude« beleidigt werde.

Ich erinnere mich auch, wie der Imam, mein Onkel mütterlicherseits, seine Predigt stets mit dem Bittgebet beendete: »Möge Allah die verfluchten Juden erniedrigen und zerstören! Möge Allah die Muslime im Kampf gegen die Juden unterstützen.« Bis heute wird dieses Bittgebet in Algerien und anderen arabischen Ländern gesprochen. Was hilft dagegen? Eine Erinnerungskultur, die das Verdrängte erkundet. So wurden Juden in Medina im Jahr 624 auf Befehl des Propheten enteignet und vertrieben, Kinder und Frauen versklavt, Männer enthauptet. Das Gegenbeispiel Andalusien, wo im Mittelalter unter muslimischer Herrschaft die Juden und Christen in Frieden gelebt haben sollen, gilt heute als Rückprojektion jüdischer politischer Romantik.

Fest steht: Islamischen Antijudaismus gibt es nicht erst seit der Staatsgründung Israels. Es gab Pogrome und Vertreibungen in Granada 1066, in Fes 1565, in Bengasi 1785, in Algier 1815, in Kairo 1844. Vor der Kolonisierung des Maghreb waren Juden dort drastischen Restriktionen unterworfen. In Algerien und Marokko wurden sie bei der Entrichtung der Kopfsteuer durch Ohrfeige oder Stockschlag gedemütigt.

Der christliche Antisemitismus dann brachte einen fatalen Kulturtransfer. So war das gut sichtbare Tragen eines gelben Flickens auf den Kleidern der Juden eine muslimische Erfindung, die von der katholischen Kirche des Mittelalters übernommen und von den Deutschen im Holocaust grausam perfektioniert wurde. Wer Judenhasse heute überwinden will, sollte die Geschichte kennen. Auch die der 900.000 Juden, die seit 1948 aus den arabischen Staaten und seit 1979 aus dem Iran flohen. Diese Aufklärung muss im deutschen Schulunterricht stattfinden. An meiner Hochschule organisieren wir heute Reisen nach Israel für muslimische Studierende. Ich wünsche mir, dass sie etwas anderes über das Judentum lernen als einst ich.

Abdel-Hakim Ourghi, 55, ist Islamwissenschaftler. Sein neues Buch »Die Juden im Koran. Ein Zerrbild mit fatalen Folgen« erscheint am 22. Mai im Claudius Verlag